



Bildelemente: Pixabay

Artikel in dieser Ausgabe

1. Plünderung, Zerstörung, Krawalle in Stuttgart
2. Linke Gewalttäter bei Stuttgarter Krawallen
3. Entwicklung in Stuttgart war absehbar
4. Zunehmende Unterwanderung friedlicher Anti-Rassismus-Demonstrationen
5. Höhere Ausstattung mit Körperschutz
6. Von Alkoholverbot bis Videoüberwachung
7. Sonderurlaub für eingesetzte Kräfte
8. Spitzengespräch mit Abgeordneten
9. Dirks Zahlen-/Daten-/Fakten-Check: Gewalt gegen Polizeibeamte

Impressum

Redaktion:
Ralf Kusterer
(V. i. S. d. P.)
E-Mail: ralf.kusterer@dpolg-bw.de

c/o DPoIG Landesgeschäftsstelle
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon: 0711/ 997 947 4-0
Telefax: 0711/ 997 947 4-20
E-Mail: info@dpolg-bw.de
www.dpolg-bw.de

Fremde Abbildungen und Quellen
sind entsprechend gekennzeichnet

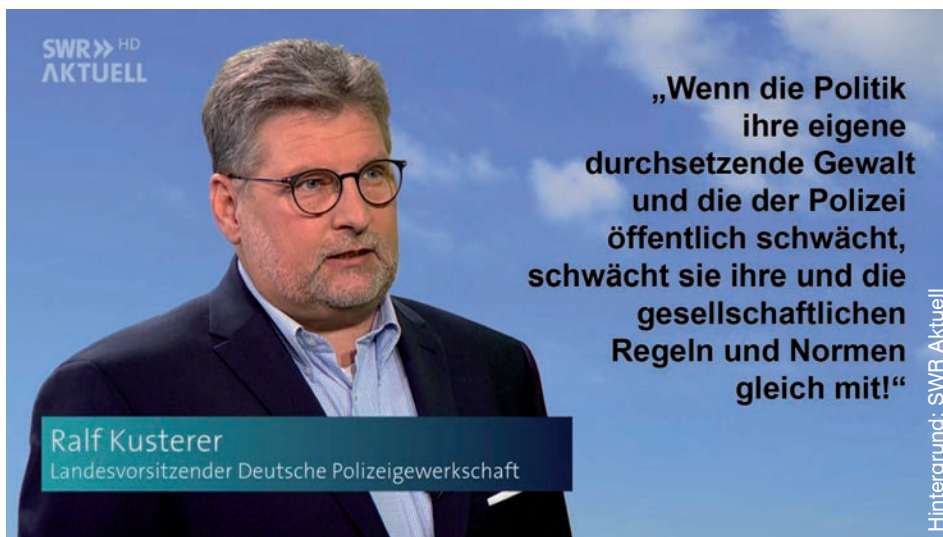
Plünderungen, Zerstörungen, Krawalle in der Landeshauptstadt Stuttgart DPoIG erhebt schwere Vorwürfe gegen die Politik.

In der Nacht zum 21. Juni war es in der Stuttgarter Innenstadt zu schweren Ausschreitungen gekommen. Während einer Kontrolle anlässlich eines Drogendelikts stellten sich viele Umstehende plötzlich gegen die Einsatzkräfte. Mehrere hundert Menschen, zogen in Kleingruppen vom Eckensee in Richtung Schlossplatz. Viele Randalierer vermummten sich. Geschäfte wurden geplündert, Polizisten angegriffen und verletzt. Die Gewalt der Täter war enorm. Völlig enthemmt und ohne jegliche Scheu wurde offen die Polizei angegriffen.

Es flogen Pflastersteine auf vorbeifahrende Polizeiautos, abgestellte Einsatzfahrzeuge wurden demoliert, Schaufenster wurden eingeschlagen und Geschäfte geplündert. Es herrschte eine nie dagewesene Anti-Polizei-Stimmung in der Landeshauptstadt. Mehr als 200 Polizisten aus dem Umland wurden vorübergehend in die Landeshauptstadt gerufen, um die Lage unter Kontrolle zu bekommen. Die Sozialen Medien sind voller Videos von jungen Männern, die gegen Schaufensterscheiben von Geschäften oder Einsatzfahrzeuge der Polizei traten oder Pflastersteine aus dem Boden rissen. Ein Video zeigt, wie ein vermummter Angreifer einem Polizisten von hinten in den Rücken springt. Mehrere Polizisten/-innen wurden bei den Randalen angegriffen und auch verletzt. Der in der Innenstadt angerichtete Sachschaden ist immens.

Eine nie dagewesene Anti-Polizei-Stimmung in der Landeshauptstadt.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft erhebt schwere Vorwürfe gegen die Politik. Landesvorsitzender Ralf Kusterer: „Die Politik darf nicht länger die exekutive Staatsgewalt zerstören! Wenn gewählte Volksvertreter die Po-



Die Deutsche Polizeigewerkschaft erhebt schwere Vorwürfe gegen die Politik. „Die deutsche Polizei steht fest auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung und gehört nicht in die rechte Ecke“, sagt DPoIG-Landesvorsitzender und Stv. DPoIG-Bundesvorsitzender Ralf Kusterer.

lizei weiter verunglimpfen oder wie die SPD-Bundessprecherin Saskia Esken, zusammen mit den Berliner Linken und Grünen die Polizei ohne begründeten Sachbezug in eine rassistische Ecke stellen wollen, in die sie aber nicht gehört, wird der gesellschaftliche Nährboden für eine Entwicklung geschaffen, wie wir sie jetzt in Stuttgart gesehen haben. Schritt für Schritt wurde in den letzten Wochen die Polizei in der Öffentlichkeit politisch demontiert. Ich bin davon überzeugt, dass diese ganze Destabilisierung, pauschale Verunglimpfung und Verunsicherung der Bürger in Bezug auf ihre Polizei - auch durch Teile unsere Politiker - zu so einer Enthemmung beiträgt.

Wenn die Legislative die Exekutive öffentlich schwächt, schmälert sie auch ihre Position sowie die gesellschaftlichen Regeln und Normen gleich mit. Das Ergebnis sehen wir in Stuttgart!“ Die Deutsche Polizeigewerkschaft hatte vor Wochen bereits davor gewarnt (siehe dazu unseren Artikel „Zusehende Unterwanderung friedlicher Anti-Rassismus-Demonstrationen“ in

dieser Ausgabe), dass Gruppierungen versuchen, die aktuellen Verhältnisse in den USA auf Deutschland und Baden-Württemberg zu übertragen. Das gilt auch für die in USA am Rande von Protesten eher verbreiteten Plünderungen und Brandschatzungen. Das kannten unsere Bürger/-innen seither nur aus dem Fernsehen - etwa aus den USA oder anderen Ländern, aber nicht aus Deutschland. Selbst dort wo wir ähnliche Bilder schon gesehen haben, etwa in Berlin oder Hamburg, waren es dort in der Regel Täter, die den Extremisten zuzuordnen sind.

Plünderungen und Brandschatzungen in Deutschland waren seither nur das Werk von Extremisten.

Dabei sei es nach Aussage von Kusterer völlig unwichtig, ob der Zündfunke für diese Eskalation nach einer Drogenkontrolle oder einer anderen Kontrolle entwickelte. Der Vorgang zeigt, wie völlig enthemmt sich die Gewalt in Stuttgart entwickelte und welche Zerstörung und nach

Fortsetzung auf der nächsten Seite.

Fortsetzung von letzter Seite.

welchem Muster die Zerstörungen und Plünderungen abgelaufen sind. Das sind definitiv Bilder aus den USA sowie politische Aussagen gegen die Polizei, die sich in manchen Köpfen festgesetzt haben und die dann genau so nachvollzogen werden.

**„Mag sein, dass die Polizeikontrolle der Zündfunke war - das explosive Gemisch wurde über Wochen mit von der Politik gebraut.“
(Ralf Kusterer)**

Kusterer: „Wir kennen solche Bilder hier höchstens im Zusammenhang mit Demonstrationen. So etwas wie in besagter Nacht gab es noch nie und das darf es auch nie wiedergeben. Ich erwarte von allen politischen Parteien im Landtag von Baden-Württemberg breite Unterstützung der Polizei, so wie das die CDU, insbesondere Innenminister Thomas Strobl, und die FDP in den vergangenen Wochen getan haben.“

Wer die im Internet und den sozialen Medien veröffentlichten Videosequenzen ansieht, erkennt neben einigen professionell agierenden Extremisten, auch viele Täter, die optisch eher politisch neutral anmuten.

Gewalt- und randaleorientierte Jugendliche und Heranwachsende, die zusammen mit einigen Extremisten geplündert und zerstört haben.

Dass es eine „Problemszene“ im Bereich des Eckensee gab, war in Stuttgart bekannt. Wichtig und als Phänomen neu ist, dass hier Täter unterwegs waren, die politisch nicht zuzuordnen sind! Einfach „nur“ gewalt- und randaleorientierte Jugendliche/Heranwachsende, die vermutlich ohne irgendeine politische Botschaft, sondern befeuert von ihrer eigenen Destruktivität, in dieser Nacht in Stuttgart geplündert und zerstört haben. Das ist eine zumindest in der Dimension völlig neue Entwicklung. Hier haben einige USA nachgespielt. Laut szenekundigen Augenzeugen hatten einige Linksextreme nicht von

Anfang an mitgemischt, die Situation später aber gekonnt ausgenutzt und gemeinsam mit der aufgebrachten Menge schwere Gewalttaten verübt.

Unter die ohnehin gewaltbereiten Jugendlichen und Heranwachsenden hatten sich - wenn auch zu einem geringeren Prozentsatz - Linksextremisten gemischt! Solche, die Chaos und Krawall gerne nutzen, um andere zu radikalieren und zu plündern. Solche, die eben diese Bilder lieben, wie wir sie vorher eben nur aus den USA kannten. Diese Mischung ist höchst gefährlich, vor allem, wenn andere - hier die gewaltbereiten Jugendlichen - sich zu leicht radikalieren und benutzen lassen.

Keine Frage, die Gewalttäter aus dieser Nacht müssen konsequent verfolgt werden! Wir brauchen jetzt die professionell agierende und personell gut aufgestellte polizeiliche Ermittlungsgruppe, aber auch Justizbehörden und Gerichte, die in schnellen Verfahren dafür sorgen, dass überführte Gewalttäter entsprechend ihren Taten bestraft werden“, so Kusterer. Im ersten Schritt geht es darum, mit entsprechender Unterstützung von Polizeikräften aus anderen Bereichen und modernster Technik, die Täter schnell zu identifizieren.

Dazu ist die Polizei Baden-Württemberg grundsätzlich in der Lage. „Ich bin überzeugt“, so Kusterer, „dass man eine Vielzahl von Videos und Fotos über die öffentlichen Aufrufe der Polizei bekommen kann. Jeder der da unbeteiligt in Stuttgart unterwegs war und nicht an den Plünderungen und Zerstörungen beteiligt war, muss ein Interesse an einer Aufklärung haben.“

Unbeteiligte Zeugen brauchen keine Nachteile fürchten.

Nach Einschätzung der Deutschen Polizeigewerkschaft lassen zahlreiche Videos und Bilder mit Sicherheit eine Ermittlung der Täter zu. Kusterer ruft die Bevölkerung auf, sich an den Ermittlungen der Polizei zu beteiligen und durch Hinweise wie auch Videos und Bilder zur Aufklärung der schweren Straftaten beizutragen.

Wichtig ist es dem Landesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft, dass die verletzten Kolleginnen und Kollegen schnell wieder genesen. „Die Polizeibeamten/-innen in Baden-Württemberg halten im wahrsten Sinne des Wortes ihren Kopf für die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger hin. Das ist die Botschaft, die bei der Bevölkerung ankommen muss! □



Bild: Pixabay

Friedlich verlangt dieser Demonstrant danach, die US-Police in der Rassismus-Debatte zur Verantwortung zu ziehen. Doch die deutschen Polizeien der Länder und des Bundes sind gänzlich anders als die US-Police organisiert und stehen fest auf dem Sockel der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Bei Rassismus in Reihen der deutschen Polizei wird nicht weggeschaut, sondern reagiert. Jetzt sämtliche Polizeien weltweit über einen Kamm zu scheren dient nur einem Sinn: Chaos und Randal aus USA in andere Staaten zu tragen und die tragenden Säulen unserer Gesellschaft (Legislative-Judikative-Exekutive) ins Wanken zu bringen.

Linke Gewalttäter bei Stuttgarter Krawallen

DPoIG mahnt, Szene nicht außer acht zu lassen.

Unmittelbar nach den schweren Ausschreitungen in Stuttgart hat die Deutsche Polizeigewerkschaft Baden-Württemberg öffentlich die Auffassung vertreten, dass wir davon ausgehen, dass linke Gewalttäter sich zu mindestens nach einer gewissen Zeit unter die randalierenden und plündernden Straftäter gemischt, wenn nicht sogar eine wesentliche Rolle gespielt haben. Daran halten wir fest.

Tage nach dem Ereignis haben sowohl der Innenminister wie auch die Stuttgarter Polizei diese Einschätzung bestätigt. Dann nach außen ein Relativieren in „Vermutungen“, „Einschätzungen“, ... - noch fehlt es an Sachbeweisen, beziehungsweise an zweifelsfrei identifizierten Tätern.

Bereits am Morgen nach den Krawallen haben wir diesen Verdacht aufgrund der Geschehnisse in einer Pressemitteilung geäußert. Aufgrund zahlreicher Gespräche mit beteiligten Kolleginnen und Kollegen, die persönlich im Einsatz waren, hält die Deutsche Polizeigewerkschaft auch weiter an einer möglichen Tatbeteiligung von linksextremen Tätern fest.

Auf den in den sozialen Medien kursierenden Videoaufnahmen sind mehrfach Täter mit schwarzen Kapuzenpullis, Sturmhaube und Handschuhen zu sehen. Nach Berichten aus Kollegenkreisen habe man solch gekleidete Personen mit Einkaufswägen gesehen, die mit Wurfmaterial befüllt waren - gleiches gilt für Brechstangen, zum lösen von Pflastersteinen. Es scheint höchst unwahrscheinlich, dass der randalierende Mob aus der Szene um den Eckensee damit ausgestattet war.

Krawalle nicht selbst geplant, aber gut organisiert, vernetzt und mobil.

Nach Auffassung der Deutschen Polizeigewerkschaft passt dies in das Bild. Die insbesondere gewaltbereite linke Szene in Stuttgart ist gut organisiert und vernetzt. Selbst wenn diese Gruppierung die Krawalle nicht geplant und organisiert hatten, so ist es problemlos für diese möglich, sich in schnellster Zeit zu mobilisieren und daran zu beteiligen.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft geht deshalb davon aus, dass die weiteren Ermittlungen auch eine Tat-

beteiligung der linksextremen Stuttgarter Szene nachweisen werden.

Ausschreitungen, Plünderungen und Zerstörungen passen zu den Aktivitäten der linken Szene.

Der Stv. Landesvorsitzende Jürgen Engel: „Man darf die Gefahren, die von der linken Szene in Stuttgart ausgehen, nicht unterschätzen. Diese Gruppierungen mit großem Gewaltpotential und mit - wie man leider vielfach nachweisen kann - höchster Gewaltbereitschaft darf man nicht aus dem Auge lassen. Es spielt der linken Szene in die Hand, wenn durch Krawalle, Plünderungen und Zerstörung die Polizei zur Gewährung der Sicherheit Zwangsmittel einsetzen muss. Es dient dem linksextremen Ansatz, den Staat zu schwächen und zu bekämpfen.“



Auch der Stv. DPoIG-Landesvorsitzende Jürgen Engel hält weiter an einer Tatbeteiligung Linksextremer an den Stuttgarter Krawallen fest.

Die Polizei, die Recht und Gesetz durchsetzt, und der gesamte Öffentliche Dienst, der den Staat repräsentiert, stehen mit im Zentrum linksextremistischer Bestrebungen. Der Schutz unserer Polizeikollegen/-innen, sowie aller anderen in dieser Sache tätig werdende staatlichen Vertreter, müssen bei allen künftigen Sicherheitsmaßnahmen im Fokus stehen.

„Vorfälle und Szenen wie bei den Krawallen im Juni und kurz davor vor dem 1. Polizeirevier in Stuttgart, wo ebenfalls ein Streifenwagen beschädigt wurde, dürfen sich nicht wiederholen“, sagte Engel. □



Die Frontreihe einer Demonstration mit Antifa 2006. Der gewaltbereite „schwarze Block“ nutzt den Anlass und Schutz einer friedlichen bürgerlichen Demonstration für gezielte Angriffe gegen die Staatsgewalt.

Bild: Jearax68, wikipedia

Entwicklung in Stuttgart war absehbar Vorwurf an Stadt, dass Vorzeichen keine Beachtung fanden.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft Baden-Württemberg erhebt im Zusammenhang mit den Entwicklungen in Stuttgart Vorwürfe gegen die Landeshauptstadt Stuttgart.

Eigentlich kann im Stuttgarter Rathaus niemand über die Auseinandersetzungen am vergangenen Samstag überrascht gewesen sein. Die Deutsche Polizeigewerkschaft geht davon aus, dass sich der Konflikt schon länger angedeutet hat. Zunehmende Schwierigkeiten, insbesondere mit jugendlichen und heranwachsenden Tätern mit überwiegenden Migrationshintergrund beschäftigten schon seit Jahren und vermehrt in den vergangenen Wochen nicht nur die Polizei, sondern waren auch der Stadtverwaltung bekannt. Auch den Fakt einer wachsenden „Problemszene“ am Eckensee, unweit des Landtags. Nur wollte die Stadt Stuttgart ein so schwieriges Thema wohl ungern konsequent angehen. By the way: Mit dem medial erwähnten Stuttgarter Event-Publikum hat diese Szene übrigens überhaupt nichts zu tun.

Szene am Eckensee hat nichts mit Event-Publikum und feiernden Menschen gemeinsam.

Die immer größer werdene „Problemszene“ versammelt sich am Eckensee auf öffentlichen Grünflächen, kann dort nahezu ungehindert Alkohol und auch Drogen konsumieren. Seit langer Zeit zeigen sich die



Ein stark beschädigter Laden in der Marienstrasse. Randalierer und Plünderer waren in der Nacht zum 21. Juni durch die Stuttgarter Innenstadt gezogen.



„Die polizeilichen Empfehlungen und Forderungen wurden in Stuttgart beharrlich ignoriert“, weiß Daniel Jungwirth, Stv. DPoIG-Landesvorsitzender.

Akteure dort äußerst aggressiv und respektlos. Immer häufiger wurden Polizeibeamte/-innen am Eckensee beleidigt und bedroht. Am „Stuttgarter Krawallwochenende“ sogar ganze Polizeieinheiten in Gruppenstärke.

„Die polizeilichen Empfehlungen und Forderungen, beispielsweise nach einer Durchsetzung des städtischen Grünflächenverbots, wurden beharrlich ignoriert“, weiß Daniel Jungwirth, Stv. Landesvorsitzender der DPoIG. Sowohl die Stadt Stuttgart als auch das Finanzministerium (Hausrecht), die beide dafür zuständig wären, blieben untätig. Weil die rechtliche Grundlage fehlte, blieb es stets bei einer Ordnungswidrigkeit ohne Verwarnungsgeld. Über die nächtlich erteilten Platzverweise der Polizei machte sich das Klientel am Eckensee lustig, blieb doch die Bestätigung des Verweises durch das zuständige Ordnungsamt am nächsten Morgen in aller Regel aus. Und so konnten Störer maximal kurzzeitig vom Eckensee vertrieben werden. Schon am nächsten Abend konnte das bunte Treiben weitergehen.

Dazu gehört, dass seit Jahren eine Ausleuchtung des Parks bei Nacht polizeilicherseits empfohlen war. Nicht nur Opern- und Theaterhaus-Besucher fühlten sich unsicher, wenn sie in der Nacht durch den Park laufen

mussten. Die Vorkommnisse im Juni zeigen, dass die Stadt Stuttgart ihren Aufgaben zum Lösen des jahrelang wachsenden Phänomens am Eckensee nicht ansatzweise gerecht wurde.

„Die Polizei ist erst in zweiter Linie gefordert, nämlich nur dann, wenn die Polizeibehörde der Stadt, nicht handeln kann oder nicht erreichbar wäre“, sagt Jungwirth. Dabei liegt das Problem nach Auffassung der Deutschen Polizeigewerkschaft wohl eher nicht beim Ordnungsbürgermeister, sondern (ganz) weiter oben.

DPoIG begrüßt Sicherheitspartnerschaft für Stuttgart.

Eine Sicherheitspartnerschaft wie sie jetzt, Anfang Juli, für Stuttgart beschlossen wurde, zeigt dass dort etwas im Argen liegt und ein besonderer Bedarf für besondere polizeiliche und städtische Maßnahmen besteht. Beide Sicherheitspartner sind nun verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, abzustimmen und bereits ergriffene Maßnahmen zu verstärken. Nur so können Problembereiche in Stuttgart stärker in den Fokus genommen werden. Das dient der Sicherheit der Bürgern/-innen die unmittelbar in Stuttgart und Umgebung wohnen, aber auch denen, die Stuttgart nur besuchen. □

Zusehende Unterwanderung friedlicher Anti-Rassismus-Demonstrationen

DPoIG warnte schon Anfang Juni vor provozierten Eskalationen.

Zahlreiche Menschen waren bei einer Demonstration gegen Rassismus am 6. Juni durch die Stuttgarter Innenstadt gezogen und hatten unter anderem Stuttgarts Hauptverkehrsader, die B14, blockiert. Im weiteren Verlauf waren auch Gegenstände geworfen und Pyrotechnik gezündet worden. Rund 500 Personen waren am Abend vor das Polizeirevier Innenstadt gezogen. Dort hatten sie mit Fäusten gegen Türen und Scheiben gehämmert und Parolen wie „Ganz Stuttgart hasst die Polizei!“ skandiert.

Der Stv. Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Oliver Auras, verurteilte die Angriffe auf die Polizei, im Schutze der an sich friedlichen Anti-Rassismus-Demo in Stuttgart, scharf: „Die Vorfälle zeigen, dass die Befürchtungen der Deutschen Polizeigewerkschaft zutreffen, dass insbesondere linke Extremisten die an sich friedlichen Anti-Rassismus-Demonstrationen für deren Zwecke missbrauchen, um Gewalt gegen die Polizei und den Staat auszuüben“



„Die mit Abstand größte Menschenrechtsorganisation ist die Deutsche Polizei!“

Der Stv. Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Oliver Auras, verurteilte die Angriffe auf die Polizei, im Schutze der an sich friedlichen Anti-Rassismus-Demo in Stuttgart, scharf.

Ebenso verurteilt die Deutsche Polizeigewerkschaft die Aktionen vor dem Stuttgarter Polizeirevier in der Theodor-Heuss-Straße: Mehrere hundert Teilnehmer der Demonstration hatten sich gezielt vor dem Polizeirevier versammelt und gegen Rassismus

demonstriert. Darunter waren nach Informationen der Deutschen Polizeigewerkschaft auch Linksextreme. Diese hatten an Fenster und Türen getrommelt und Anti-Polizei-Parolen gerufen.

„Die Aktion passt zu dem Versuch linker Extremisten, die Geschehnisse aus den USA auf Deutschland übertragen zu wollen. Stoisch werfen sie auch der deutschen Polizei Rassismus vor, um dann unter dem Deckmantel von Anti-Rassismus, in ähnlichen Ausschreitungen wie in den USA, auch hierzulande Gewalt auszuüben“, so Auras. „Den Chaoten geht es auch nicht um Solidarität und den unterstützenswerten Kampf gegen Rassismus. Es geht um das Aufhetzen und Hervorrufen von Krawall und Gewalt im geschützten Umfeld großer Demonstrationen. Es geht darum, die Gewalttaten und Zerstörungen die in der Nacht davor in Berlin stattgefunden hatten, auch in anderen Großstädte zu tragen. Gerade die bei



Linksextremen Chaoten geht es nur um das Aufhetzen und Hervorrufen von Krawall und Gewalt im geschützten Umfeld großer Demonstrationen. Die bei den friedlichen Anti-Rassismus-Protesten symbolisch getragene schwarze Kleidung dient Angehörigen der Antifa und des schwarzen Blocks als willkommener Schutz: Sie gehen optisch unter, zwischen friedlichen, aber ähnlich gekleideten, Demonstranten.

Fortsetzung auf der nächsten Seite.

Fortsetzung von letzter Seite.

den friedlichen Anti-Rassismus-Protesten symbolisch getragene schwarze Kleidung dient Angehörigen der Antifa und des schwarzen Blocks als willkommener Schutz: Sie gehen optisch unter, zwischen friedlichen, aber ähnlich gekleideten, Demonstranten.“

Bestätigt fühlt sich die Deutsche Polizeigewerkschaft durch eine Mitteilung des Antifaschistischen Aktionsbündnis Stuttgart und Region.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft fordert ein klares politisches Statement. Als völlig inakzeptabel bezeichnete Oliver Auras die unbelegten (und unüberlegten?!) Aussagen Landtagsabgeordneter der Grünen im Zusammenhang mit einem Antidiskriminierungsgesetz in Berlin, wonach auch die deutsche Polizei Menschen wegen ihrer Hautfarbe, Haarfarbe oder anderer äußerer Merkmale kontrollieren würde. Durch so unüberlegte und unbelegte (!) Aussagen könnten Abgeordnete den Nährboden für linksextreme Gewalttäter bereiten. Auras dazu: „Ich wiederhole das auch gerne für Abgeordnete der Grünen, die in der öffentlichen Diskussion immer wieder mit Pauschalisierungen und unbelegten Anschuldigungen und mit einem offensichtlich tiefsitzen-

den Misstrauen gegenüber denjenigen auffallen, die in unserem Land den Kopf hinhalten und die Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger gewährleisten.“

Die Deutsche Polizeigewerkschaft fordert friedliche Demonstrationsteilnehmer auf, sich gegenüber gewaltbereiten Demonstranten klar zu distanzieren. Wer sich der Gewalt anschließe oder die Gewalt unterstütze, gefährde nicht nur die friedliche Ächtung von Rassismus, sondern verwerke auch sein Recht auf Versammlungsfreiheit.

Die Polizei in Deutschland steht auf dem Boden des Grundgesetzes sowie der jeweiligen Landesverfassung und damit auf Basis der freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Ebenso verurteilte Auras die Aussagen der SPD-Bundesvorsitzenden Saskia Esken, die in einem Tweet „Antifa“ als eine persönliche Einstellung oder Haltung bezeichnete, die für Demokraten selbstverständlich sein sollte. Mit ihrem sorglos getätigten Vergleich verharmlose Esken linke Extremisten und deren Gewalttaten. Auras: „Man kann kaum glauben, dass eine SPD-Bundesvorsitzende so einen Stuss von sich gibt. Meinungs-

sowie gewaltlose Versammlungsfreiheit gehören zum Kern unserer Gesellschaft und unseres Staates - nicht das Gedankengut oder die Lebenseinstellung der Antifa.“

Die Polizeien der Länder und des Bundes setzen sich gegen Rassismus ein.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft fordert die Politik dazu auf, alles dafür zu tun, dass linke Gewaltmacher nicht ein Kernanliegen der Gesellschaft unterwandern. „Für die Deutsche Polizei gilt uneingeschränkt, dass wir gegen Rassismus sind und uns auch täglich dafür einsetzen, dass niemand wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen und auch nicht wegen seiner Behinderung benachteiligt oder verfolgt wird“, so Auras. Ich erwarte den Rückhalt der Politik, wenn wir uns bei unseren ohnehin schwierigen Aufgaben diesen Grundsätzen widmen.“ Nebenbei bemerkt: Genehmigte Großveranstaltungen ohne erkennbare Hygieneauflagen, wie sie seit Juni in der Landeshauptstadt stattfinden, halten wir vor dem Hintergrund der anhaltenden Corona-Thematik für unverantwortlich. □



Höhere Ausstattung mit Körperschutz DPoIG-Forderung wurde auf den Weg gebracht.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft Baden-Württemberg forderte im Zusammenhang mit den Ausschreitungen und Plünderungen in Stuttgart erneut eine 1:1 Beschaffung und Ausstattung mit Körperschutzausrüstung. Bislang mangelte es am Willen der Politiker/-innen alle Einsatzkräfte der Polizei persönlich auszustatten. Das soll sich jetzt ändern.

Der Stuttgarter Einsatz im Juni hat gezeigt, dass die Kolleginnen und Kollegen in den Streifen- und in den Ermittlungsdiensten dem randalierenden Mob teilweise schutzlos ausgesetzt waren. Die in der Not zweckentfremdet genutzten Amok-Ausrüstungen, die in den Streifenfahrzeugen vorhanden waren, boten keinen ausreichenden Schutz für diese Art Einsatzlagen und waren dafür auch denkbar ungeeignet. Hier muss jetzt endlich schnell nachgesteuert werden!



Angehörige des Streifendienstes und der Alarmhundertschaften haben in Baden-Württemberg aktuell weder eine persönlich zugeteilte Körperschutzausrüstung, noch können sie auf die wenigen vorhandenen Schutz-ausstattungen (wie im Bild) flexibel zugreifen. Das soll sich bald bessern, versprochen Politiker.



Eine persönlich zugeteilte und schnell verfügbare Körperschutzausrüstung schützt die Einsatzkräfte bei gewaltsamen Auseinandersetzungen wirksam vor schweren Verletzungen.

Inzwischen konnte der DPoIG-Landesvorsitzende im Gespräch mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden und in einem weiteren Gespräch mit dem Innenminister und seinem Staatssekretär eine Zusagen für Verbesserungen bekommen. Verbesserungen in der Ausstattung mit Körperschutzausstattungen sind auf den Weg gebracht.

Im Grunde genommen handelt es sich bei der kommenden Verbesserung um eine seit Jahrzehnten artikuliert Forderung der Deutschen Polizeigewerkschaft. Denn leider hat sich im Bereich der Körperschutzausstattungen die Situation in der Polizei nicht wesentlich verbessert. Vielmehr ist so, dass bei den Polizeipräsidien solche Körperschutzausstattungen weiterhin zentral aufbewahrt werden. Im Bedarfsfall müssen beim Aufrufen der dezentral gegliederten Alarmhundertschaften zuerst diese Schutz-ausstattungen besorgt werden, was zu einem erheblichen Zeitverlust bei Einsatzlagen führt. Ein Zeitverlust, wie man ihn bei so Krawallen wie in Stuttgart nicht hinnehmen kann.

Von den angeforderten Einsatzkräften ist bekannt, dass entweder ein großer Zeitverlust bis zur Ankunft eingetreten war oder dass eiligst herbeigerufenen Besatzungen von Streifenfahrzeugen aus Stuttgart und den umliegenden Bereichen sich quasi schutzlos den Stein- und Flaschenwürfen ausgesetzt sahen. Dass es hierbei nicht noch mehr oder schwerer Verletzte gab, grenzt an ein Wunder.

Wer eine gut aufgestellte Landespolizei will, der muss jetzt nachsteuern.

Der DPoIG-Bezirksvorsitzende beim PP Einsatz, Ingo Tecquert, dazu: „Es ist eigentlich unglaublich, dass im Jahr 2020 nicht jede Einsatzkraft, die zur Bewältigung solcher Einsatzlagen praktisch jederzeit herangezogen werden kann, auf keine eigene Ausrüstung zugreifen kann. Abgesehen von den hygienischen Voraussetzungen - solche Körperschutzausstattungen müssen auch passen. Wer eine

Fortsetzung auf der nächsten Seite.

Fortsetzung von letzter Seite.

gut aufgestellte Landespolizei will, die für einen Großteil der nicht nur denkbaren sondern auch tatsächlichen operativen Einsatzaufgaben gerüstet sein soll, muss hier endlich nachsteuern.“

Die Deutsche Polizeigewerkschaft geht davon aus, dass die tatsächliche Anzahl der verletzten Polizeibeamten/-innen um ein Vielfaches höher ist, als die gemeldete Zahl. Nach Schätzung in der Deutsche Polizeigewerkschaft, wurden allein verzichteten über vierzig Einsatzkräfte auf eine Meldung. Die Deutsche Polizeigewerkschaft hat dazu aufgerufen, die Meldungen im Nachgang zu machen, sowie die Prellungen und Hämatome mit Bild und gegebenenfalls ärztlichen Attest zu sichern.

Nach Auffassung der Deutschen Polizeigewerkschaft ist es jetzt an der Zeit, Körperschutzausstattungen in ausreichender Anzahl zu beschaffen und vorzuhalten. In einem ersten Schritt müssen alle Polizeireviere in Stuttgart damit ausgestattet werden. In einem weiteren Schritt könnten die anderen Reviere und Dienststellen landesweit ausgestattet werden.

Ziel muss die „Mannausstattung“ aller Einsatzkräfte sein, die für solche Einsatzlagen auch aufgerufen werden könnten.



Bild: Pixabay

Nach Auffassung der DPoIG ist es längst an der Zeit, weitere Körperschutzausstattungen (KSA) für die operativen Polizeieinsatzkräfte zu beschaffen und dezentral vorzuhalten.

Ferner fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft die Ausstattung der Einsatzeinheiten des Polizeieinzeldienstes und der Bereitschaftspolizistinnen und Polizisten mit einem so genannten „Einsatzmehrzweckstock“, außerhalb der Polizei besser bekannt als „Tonfa“. Fast alle anderen Bundesländer haben dieses bewährte Einsatzmittel längst beschafft.

Der multifunktionale Stock wird zum Schutz der Polizeikräfte bei Festnahmen von Gewalttätigen oder als Mittel des unmittelbaren Zwangs eingesetzt. Rechtlich ist der Einsatzmehrzweckstock als „Hilfsmittel körperlicher Gewalt“ eingestuft und stellt somit ein weiteres wirkungsvolles Einsatzmittel unterhalb der Schwelle des Schusswaffengebrauchs dar. Es reicht nicht aus, dass wie in Baden-Württemberg, nur Angehörige der Beweis- und Festnahmeinheiten über dieses sinnvolle Einsatzmittel verfügen.



Bild: Wikipedia, Marek Peters

Neben Pfefferspray, Körperschutz und Schutzhelm zählt längst die „Tonfa“ (polizeiintern: Einsatzmehrzweckstock, schwer) zu der wichtigsten Ausstattung von Einsatzkräften der Bundespolizei und der Bereitschaftspolizeien der meisten Bundesländer.

erkennt man weithin am einfachen Einsatzstock.“

Körperliche Auseinandersetzungen bei Demonstrationen, Fußballspielen und anderen gewalttätigen Einätzen gehören mittlerweile leider zur Kernaufgaben unserer Kolleginnen und



Setzt sich für eine bessere Ausstattung der Polizeieinsatzkräfte ein: Ingo Tequert, DPoIG-Bezirksvorsitzender beim PP Einsatz

Baden-Württembergs Einsatzausstattung ist stark in die Jahre gekommen.

Die Ausstattung der breiten Masse an Einsatzkräften Baden-Württembergs in diesem Bereich veraltet und teilweise mehrere Jahrzehnte alt. Mit einem Unterton erinnert der DPoIG-Bezirksvorsitzende beim PP Einsatz, Ingo Tecquert, dass die Einsatzkräfte aus Baden-Württemberg auch in anderen Bundesländern eingesetzt werden: „Die Kräfte aus Baden-Württemberg

Kollegen der Bereitschaftspolizei. Regelmäßig werden zu deren Unterstützung auch die Einsatzkräfte der weniger gut ausgestatteten Alarmhundertschaften aufgerufen.

Der baden-württembergischen Landesregierung muss es wichtig sein, dass unsere Polizeibeamte/-innen für Ihre Aufgaben so gut wie möglich ausgestattet sind. Das ist sie denjenigen schuldig, die tagtäglich den Kopf für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürgern hinhalten. □

Von Alkoholverbot bis Videoüberwachung Stuttgart darf sich sinnigen Maßnahmen nicht weiter versperren.

Nach den schweren Auseinandersetzungen im Juni in Stuttgart darf sich die Stadt nach Ansicht der Deutschen Polizeigewerkschaft nicht mehr gegen sinnvolle Maßnahmen sperren, will sie ihren guten Ruf als lebenswerte Landeshauptstadt nicht verlieren.

Der Deutschen Polizeigewerkschaft geht es beim Stichwort „Alkohol im öffentlichen Raum“ um zwei verschiedene Forderungen: Erstens um ein Konsumverbot auf bestimmten öffentlichen Plätzen und zweitens um die Rückkehr zum Alkoholverkaufsverbot in den Nachtstunden.

„Jugendliche haben aktuell auch außerhalb von Clubs und Lokalen ausreichend Gelegenheit, Alkohol zu kaufen und ungeniert zu konsumieren“, sagte die Bezirksvorsitzende der DPoIG Stuttgart, Anja Prottegeier. Alkohol ist in vielen Fällen ein Beschleuniger, das ist allgemein bekannt.

Die DPoIG fordert auch den Einsatz einer intelligenten Videoüberwachung an Kriminalitätsbrennpunkten und öffentlichen Hotspots, wie diese aktuell in Mannheim bereits erprobt wird.

Doch die Überwachung von Alkoholverboten und Videoüberwachung erfordert mehr polizeiliches Personal. Personal, das in diesem Umfang nicht zur Verfügung steht.

Viel helfen würde allein die Wiedereinführung einer Sperrstunde, zum Beispiel zwischen 3.00 Uhr und 7.00 Uhr morgens. Die ganze Nacht hindurch werde in allen Clubs und Bars massiv Alkohol ausgeschenkt: „Die Polizei hat kaum eine Chance, die vielen Ereignisse abzuarbeiten. Nach den Ruhestörungen und Schlägereien in der Nacht, beginnt morgens der Berufsverkehr. Es läuft rund um die Uhr durch. Ein Einsatz jagt den anderen“, sagt Prottegeier. Eine Sperrstunde würde die Stadt insgesamt ruhiger machen.



Sollen Veränderungen her, dann darf sich nach Ansicht von Anja Prottegeier, DPoIG-Bezirksvorsitzende in Stuttgart, die Stadt gegen sinnvolle Maßnahmen nicht sperren. Eine Sperrstunde brächte die Polizei sehr viel weiter.

Das würde sogar dem Normalbürger schnell auffallen. Und Kirchengänger müssten am Sonntagmorgen nicht auf Betrunkene aus der Nacht treffen. □

Sonderurlaub für eingesetzte Kräfte

DPoIG: Entscheidung des Ministers hat Vorbildcharakter.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft begrüßt ausdrücklich die Entscheidung des Innenministers, den eingesetzten Einsatzkräften am vergangenen Wochenende einen Tag Sonderurlaub zu gewähren. Bei einem Gespräch der DPoIG-Spitze mit dem Minister am 24. Juni 2020 wurde diese Idee geboren und vom Minister sofort umgesetzt.

Dirk Preis, Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand dazu: „Das ist für mich ein Akt der Wertschätzung gegenüber den Einsatzkräften, die vor Ort waren um, teilweise unter Einsatz ihres Lebens, die beispielsweise Plünderungen, Zerstörungen und Krawalle zu beenden und wieder Sicherheit in der Stadt herzustellen.

Zudem wissen wir, dass dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenminister Thomas Strobl die Hilfe für die eingesetzten Kräfte und die sachliche Aufklärung der Ereignisse mit am Herzen liegt.“

Die besonderen gesetzlichen Möglichkeiten für die Gewährung von Sonderurlaub ist ein probates Mittel, um bei besonderen Belastungen oder herausragenden Leistungen eine Anerkennung, den Dank, aber auch eine Wertschätzung zu geben. Bisher schöpfen nach unseren Informationen nur wenige Polizeipräsidien im Land diese Möglichkeiten aus.

Der Minister macht es mit seiner Entscheidung vor, wie man nach be-

sonderen Situationen auch reagieren kann. Dirk Preis weiter: „Innenminister Thomas Strobl belässt es nicht nur bei Sonntagsreden, sondern handelt nach dem Grundsatz *Machen kommt von Tun*. Die Polizeibeschäftigten werden dieses Signal vom Minister verstehen.“

Die Deutsche Polizeigewerkschaft, die in Baden-Württemberg fast zwei Drittel aller Beschäftigten vertritt, begrüßt außerordentlich die Entscheidung auf Gewährung des Sonderurlaubs vorausgegangenen Gedanken zur Fürsorge und zur Bewältigung und Aufarbeitung von psychischen und physischen Belastungen. □

Spitzengespräch mit Abgeordneten Austausch mit der Spitze der CDU-Landtagsfraktion

Am 24. Juni 2020 fand im Landtag ein Spitzengespräch mit dem Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Prof. Dr. Wolfgang Reinhart und dem Stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden und Innenpolitischen Sprecher Thomas Blenke statt. An dem Gespräch nahmen von der DPoIG der Landesvorsitzende Ralf Kusterer, sein Stellvertreter Daniel Jungwirth und das Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand Dirk Preis teil.

Zu Beginn des Gesprächs standen die Krawalle und Plünderungen am 20./21. Juni in Stuttgart im Mittelpunkt. Dabei erneuerten die DPoIG-Vertreter Forderungen zur Mann-/Frau-Ausstattung des Polizeieinzeldienstes mit persönlich zugeteilten Körperschutzausstattungen und mit dezentraler Lagerung zugunsten schneller Zugriffsmöglichkeiten für die operativen Kräfte. Ebenso die Forderung nach einer Ausstattung der Bereitschaftspolizei beziehungsweise der Hundertschaft im Einzeldienst mit dem so genannten Einsatzmehrzweckstock (Tonfa). Prof. Dr. Reinhart hat noch im Gespräch einen parlamentarischen Berater beauftragt die Kosten für die Körperschutzausstattung und auch des Einsatzmehrzweckstocks zu prüfen und selbiges auf den Weg zu bringen.

zweckstocks zu prüfen und selbiges auf den Weg zu bringen.

Beim Thema Haushalt hat der Fraktionsvorsitzende seine Einschätzung geäußert, dass es in dieser Legislaturperiode zu keinen umfangreichen Sparmaßnahmen kommen würde. Reinhart rechnet damit, dass der Nachtragshaushalt zum 30. September 2020 verabschiedet wird, beziehungsweise auf dem Weg ist. Die Fraktionsspitze teilt die Auffassung und Forderung der DPoIG, dass es zu keinen Beförderungs- und Stellenbesetzungssperren kommen dürfe. Dafür hat die CDU-Fraktionsspitze ihre Unterstützung zugesagt.

Zu Beförderungs- und Stellenbesetzungssperren darf es nicht kommen.

Zum Haushalt hat der stellvertretende DPoIG-Landesvorsitzende, Daniel Jungwirth, erneut deutlich gemacht, dass eine Erhöhung des LOD wichtig ist und wir, die DPoIG, zu mindestens in einem möglichen Nachtragshaushalt ein Signal dazu erwarten. Dies bedeutet, die sofortige Erhöhung zumindest in einem Bereich auf vier Euro und einen Stufenplan zur deutlichen Erhöhung aller LOD-Sätze. Auch

dazu hat der Fraktionsvorsitzenden sofort einen Auftrag erteilt. Im Weiteren haben die DPoIG-Vertreter die Umsetzung der Eingangsbesoldung A8 nochmals vorgetragen – und ja, auch dazu erfolgte ein Auftrag.

Vor dem Hintergrund der zu erwarteten einbrechenden Steuereinnahmen, hat Dirk Preis auch kostenneutrale Umsetzungen gefordert. Dazu gehört unter anderem der Bewährungsaufstieg vom gehobenen in den höheren Polizeivollzugsdienst. Aber auch viele andere Verbesserungen, die man jetzt in den Blick nehmen müsse und sich diesen nicht verschließen dürfe.

Der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer hat zum wiederholten Maße darauf hingewiesen, dass noch immer keine Kommission unter Federführung des Innenministeriums eingerichtet wurde, die sich mit der weiteren Ausgestaltung laubahnrechtlicher Rahmenbedingungen beschäftigt und wies auf eine entsprechende Vereinbarung und Zusicherung im Koalitionsvertrag hin. Kusterer forderte ebenfalls eine ausstehende endgültige Regelung zum Verzicht der Wiederbesetzungs- und Stellen-

Fortsetzung auf der nächsten Seite.



Die Vertreter der CDU-Landtagsfraktion Thomas Blenke (2. v. l.) und Prof. Dr. Wolfgang Reinhardt (2. v. r.) mit den Vertretern der DPoIG-Spitze Ralf Kusterer (Mitte) und Daniel Jungwirth (ganz rechts) mit Dirk Preis (ganz links).

Fortsetzung von letzter Seite.

besetzungssperre im Tarifbereich, aber auch bei den Beförderungen im Beamtenbereich.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende geht davon aus, dass die Änderungen zum Polizeigesetz noch vor der Sommerpause verabschiedet werden, beziehungsweise in die Endphase kommen.

Daniel Jungwirth informierte unter anderem zur Wirkung und Qualität der Bodycam und erneuerte in diesem Kontext auch die zentralen Forderungen der DPoIG zum Einsatz der Bodycam unter erweiterten Befugnissen.

Großes Thema waren auch die Bildungseinrichtungen der Polizei.

Die DPoIG-Vertreter haben vorgebracht, dass das Praktikum in der Ausbildung zum mittleren Dienst wieder auf sechs Monate zurückgeführt werden muss. Die dabei freiwerdende Zeit muss für die intensivere Ausbildung an den Polizeischulen genutzt werden.

Jeder der Anwesenden wusste, dass Prof. Dr. Reinhart gute Bildungsstandards am Herzen liegen. Das gilt sowohl für Bruchsal als auch insbesondere für Wertheim. Sowohl der CDU-Fraktionsvorsitzende, wie auch recht emotional sein Vize Thomas Blenke, machten deutlich, dass man sich sehr genau die Verteilung der Klassen anschauen werde. Es werde nicht geduldet, wenn durch eine entsprechende Klassenzuteilung einzelne Standorte „leerlaufen“ würden. Im Sinne des Erhalts und einer gleichen Auslastung sowohl von Bruchsal wie auch Wertheim, werde man von Seiten der Landtagsfraktion darauf achten.

Recht auf Personalvertretung vor Ort.

Beide machten auch deutlich, dass nach Rückmeldungen von den Beschäftigten die Interessenvertretung an den genannten Bildungsstandor-



Klare Bekenntnisse zur Polizei Baden-Württemberg und den kleineren Bildungsstandorten: Die Vertreter der CDU-Landtagsfraktion (von links) Thomas Blenke und Prof. Dr. Wolfgang Reinhart.

ten verbessert werden müssten. „Die Beschäftigten in Wertheim haben ein Anrecht auf personalvertretungsrechtliche Betreuung vor Ort und nicht aus der Ferne. Gerade in den Phasen, in denen noch nicht alle Arbeitsverträge auf unbefristete Verträge umgewandelt sind, kann man die Ängste der Beschäftigten verstehen“, machte der CDU-Fraktionsvorsitzende deutlich. Nicht nur wegen seiner Heimatnähe, sondern auch aus politischer Verantwortung und Betrachtung möchte er in Wertheim einen vollwertigen Schulstandort haben, mit allem was dazu gehört.

Zuspruch und Rückhalt für die Landespolizei.

Wichtig war beiden Abgeordneten in der aktuellen Zeit, den Rückhalt der gesamten CDU-Landtagsfraktion für die Polizei auszusprechen: „Die CDU-Landtagsfraktion hat ein hohes Vertrauen in die Polizei des Landes Baden-Württemberg. Sie weist jegliche Diskussionen um Rassismus und Polizeigewalt in Deutschland und Baden-Württemberg zurück.“ □

Folge uns unter:

http://twitter.com/DPoIG_BW



Dirks Zahlen-/Daten-/Fakten-Check

Angriffe und Gewalt gegen Polizeibeamte.

Bundes- und landesweit erleben wir tagtäglich die Auswirkungen von fehlendem Respekt und einer völligen Distanzlosigkeit, was mehr und mehr in Gewalttaten gegen Polizeibeamte ausartet. Hinter jeder Tat, hinter jeder Analysezahl, stehen Kolleginnen und Kollegen als Opfer.

Die DPoIG widmet sich in einem ständigen Prozess dieser Entwicklung. Sei es bei der Gewährung von Rechtsschutz, Einführung von Rechtsgrundlagen und deren Evaluation wie der Erfüllungsübernahme, oder aber die Unterstützung durch die DPoIG-Stiftung. Dazu gehört auch eine Analyse der Fallzahlen und Entwicklung die unserer Mann für Daten Zahlen und Fakten, Dirk Preis, vorgenommen hat.

36.959 erfasste Fälle von Widerstand gegen die Staatsgewalt.

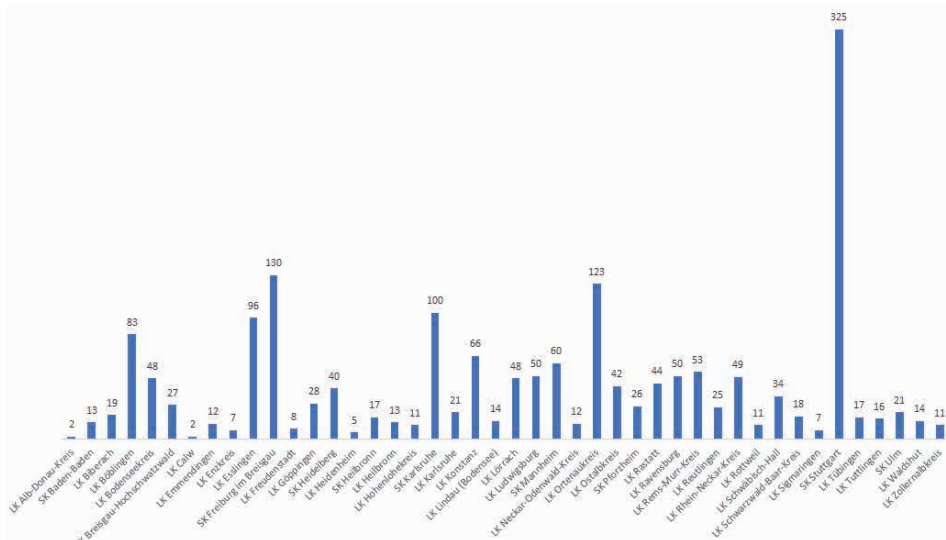
Im Jahr 2019 wurden in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 36.959 Fälle von „Widerstand gegen und tätlicher Angriff auf die Staatsgewalt“ (im Sinne §113 StGB) erfasst. Gegenüber dem Vorjahr mit 34.168 erfassten



Es gehört nicht zum Polizeiberuf, sich ständig beleidigen oder verletzen lassen zu müssen. Dirk Preis hat die Zahlen für uns recherchiert.

Fällen bedeutet dies einen Anstieg um 8,2 %, bei nahezu unveränderter Aufklärungsquote von 98,0 % (2018: 98,4 %). Bundesweit wurden im Jahr 2019 14.919 Fälle von „Tätlichen Angriffen auf Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen“ (im Sinne von §114 StGB) registriert. Zu den reinen Zahlen kommen immer

wieder neue Schilderungen von Kollegen/-innen und Lageberichte, die zeigen, dass zwar einige Bereiche Baden-Württembergs zwar besonders belastet sind, das Phänomen aber landesweit besteht. Auch gesellen sich zu den vermeintlichen Haupttätern immer häufiger an sich unbeteiligte Personen. Hier einige fast alltägliche Beispiele:



Laut Polizeilicher Kriminalstatistik für 2019 je Stadt-/Landkreis in Baden-Württemberg ausgewiesene Fälle von „Widerstand gegen die Staatsgewalt“. Besonders belastet scheinen die Stadtgebiete Stuttgart, Freiburg und Karlsruhe zu sein. Aber auch für ländlichere Gegenden, beispielsweise dem Ortenaukreis, sind die Statistikzahlen hoch.

Ein flüchtiger (betrunken) Täter wurde festgenommen. Um dem sicheren Gewahrsam zu entgehen, schleuderte er erst seinen Rucksack gegen die Beamten und stieß seinen Kopf mehrfach gegen eine Wand. Als er doch in die Gewahrsamszelle gebracht werden sollte, verletzte er einen der Beamten schwer an der Hand und spuckte diesem mit Blut versetzten Speichel ins Gesicht.

Bei einer Polizeikontrolle hatte ein betrunken 20-Jähriger einem Polizisten einen Faustschlag verpasst. Der Beamte zog sich eine Jochbeinprellung zu. Der Angreifer wehrte sich gegen seine Festnahme und erhielt

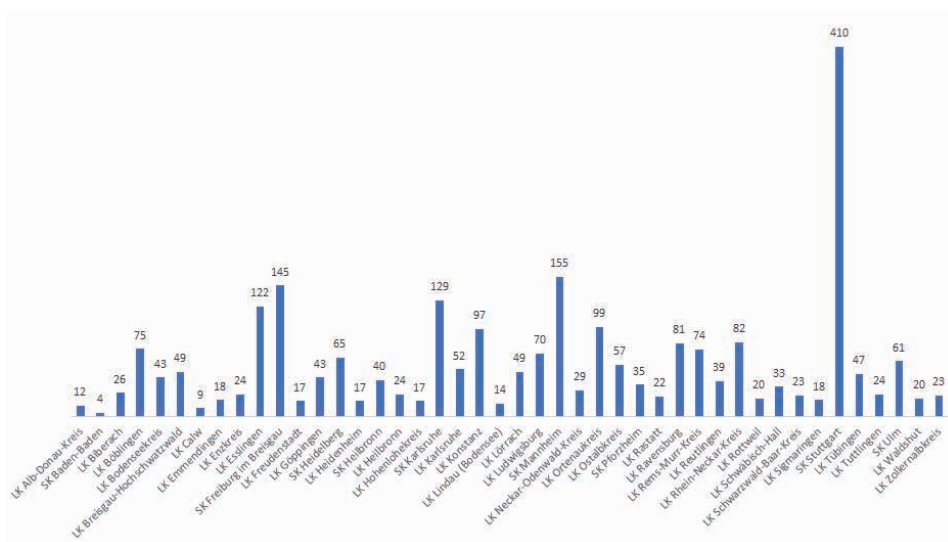
Fortsetzung auf der nächsten Seite.

Fortsetzung von letzter Seite.

dabei auch Hilfe von mehreren weiblichen Begleitpersonen.

Im Bereich einer Gaststätte sollte die Kontrolle eines alkoholisierten Fahrzeugführers durch eine Polizeistreife erfolgen. Mehrere Personen kamen hinzu, welche der Fahrer offenbar hatte abholen wollen. Diese mischten sich in die Kontrolle ein, umringten die Beamten und versuchten die polizeilichen Maßnahmen zu behindern. Einer riss dem kontrollierenden Beamten den Führerschein aus der Hand und flüchtete. Die Person konnte eingeholt werden. Beim Versuch den am Boden liegenden Mann zu schließen, bekam der Beamte von einem anderen Täter einen heftigen Kniestoß gegen den Kopf versetzt. Der Polizist wurde dadurch schwer verletzt.

Eine Streife war zunächst zur Unterstützung eines Rettungswagens gerufen worden. Als eine umstehende kleinere Personengruppe wegen stechenden Marihuana-Geruchs kontrollieren werden sollte, kamen rund zehn weitere junge Männer hinzu. Sie positionierten sich im Rücken der kontrollierenden Beamten. Aus der mitgeführten Musikanlage erklang hierbei in voller Lautstärke der Rap-Titel „Fick die Bullen“. Auf die Aufforderung hin, Abstand zu halten und die Musik auszuschalten, reagierten die Personen aggressiv und versuchten



Laut Polizeilicher Kriminalstatistik für 2019 je Stadt-/Landkreis in Baden-Württemberg ausgewiesene Fälle „Tätlicher Angriffe gegen die Staatsgewalt“: Besonders fallen das Stadtgebiet der Landeshauptstadt und andere urbane Gebiete wie Karlsruhe, Mannheim, Freiburg ins Auge. Grenznahe Gebiete, wie beispielsweise der Landkreis Konstanz oder der Ortenaukreis, sind stärker als andere Landkreise belastet.

die Beamten körperlich zu provozieren. Kurz darauf flogen Teile einer zerschlagenen Glasflasche auf die Beamten. Zeugen beobachteten, wie ein zunächst unbeteiligter Mann mit einem Messer den Hinterrifen des Streifenfahrzeugs zerstochen hatte.

Provokationen, Anfeindungen und Angriffe nehmen weiter zu.

Die Fälle unter Alkohol und Drogen nehmen zu. Ebenso kommt es immer häufiger zu Verbrüderungsaktionen und Störungen von polizeilichen Maßnahmen. Das ist weder eine Bagatelle oder ein Volkssport. Doch immer öfters stehen die für bei einem eigent-

lichen Auftrag eingesetzten Beamten völlig unvermittelt einer Vielzahl von potentiellen Angreifern gegenüber.

Dirk Preis: „Die Gewalttaten und die bedrohlichen Situationen hinterlassen körperliche und psychische Spuren. Wenn wir uns im täglichen Dienst mit großer Empathie den Opfern von Gewaltkriminalität zuwenden, müssen wir das im besonderen Maße auch unseren betroffenen Kolleginnen und Kollegen entgegenbringen. Die Politik muss alles tun, um den Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen zu verbessern. Harte Strafen und die Ausschöpfung der rechtlichen Sanktionsmöglichkeiten müssen ebenso erfolgen, wie die Anklage jedes Vorganges - auch der von Beleidigungen. Denn ab da beginnt sich die Gewaltspirale immer schneller zu drehen.“

Neben den strafrechtlichen Folgen müssen endlich auch zivilrechtliche Verurteilungen erfolgen können – hier müssen die Gerichte endlich umdenken. Es gehört eben nicht zum Polizeiberuf, sich ständig beleidigen oder verletzen lassen zu müssen. Rotz und Spucke im Gesicht oder blaue Flecken - das gehört definitiv nicht dazu, wenn man für Recht und Ordnung eintreten möchte. Es darf für diese Taten über die Rechtsprechung keine schleichende Abwertung als *berufsbedingte Bagatelle* geben!“



Bild: Pixabay

Immer häufiger mischen sich umstehende Personen in polizeiliche Maßnahmen ein. Die Schwelle zu Straftaten und zur Anwendung von Gewalt wird von diesem Personenkreis immer öfter überschritten.